

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheinet wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Post ins Haus gebracht in Remberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M. Durch die Post 1,35 M. Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Feilseite oder deren Raum 15 Pfa., die halbpaltene Reklamezeile 40 Pfa., Ausnahmefälle 50 Pfa. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgenommener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,- Mkt. das Kalend. zuzüglich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 11

Dienstag, den 26. Januar 1932

34. Jahrg.

Donnerstag, den 28. Januar, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.

Remberg, den 25. Januar 1932

13) **Der Magistrat.**

Der für den 28. Januar vorgesehene

Schweinemarkt

muß infolge Viehseuchengefahr ausfallen

Remberg, den 25. Januar 1932.

14) **Der Magistrat.**

Vertrauen zu Deutschland.

Das Ergebnis der Stillhalteverhandlungen.

Berlin, 25. Januar.

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Vertretern ausländischer Gläubigerbanken und Mitgliedern des deutschen Schuldenausschusses ist nunmehr ein als „Deutsches Kreditabkommen 1932“ bezeichnetes Abkommen zustande gekommen, dessen Annahme die Vertreter ihren Ausländern empfehlen wollen und das, ohne formell und inhaltlich eine bloße Fortsetzung des am 29. Februar 1932 ablaufenden Abkommens über die kurzfristigen deutschen Auslandsschulden zu sein, die Rechtsbeziehungen zwischen den ausländischen Bankengläubigen und den privaten Schuldern kurzfristiger Kredite im Sinne einer Aufrechterhaltung dieser Kredite für ein weiteres Jahr regelt.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung des neuen Abkommens wird ein Bericht des Stillhalteauschusses der ausländischen Gläubiger der Öffentlichkeit übergeben. In diesem Gutachten, das in seiner Bedeutung weit über den die Regierungen ernannten Ballester Sachverständigen nicht nachsteht, stimmt der Ausschuss den Ergebnissen der Ballester Sachverständigen nachdrücklich zu. Es heißt dann weiter:

„Der Liquidationsprozeß ist in Deutschland weiter fortgeschritten als in irgendeinem anderen großen Lande, da Deutschland nicht nur den Folgen der Weltdepression, sondern auch einem fortdauernden und aufsehenerregenden Druck von außen ausgesetzt war. Deutschland hat den Verlust eines großen Teiles seines Betriebskapitals, der durch den Krieg, die schweren Nachkriegszahlungen an fremde Staaten und die „Inflation“ entstanden ist, durch lang- und kurzfristige Kredite vom Ausland in großem Umfang ausgeglichen.“

In den letzten 16 Monaten hat es jedoch der Außenwelt sehr bedeutende Summen zurückgezahlt — ein Prozeß, der von keiner Kraft Beweist ablegt, aber zugleich auch sein ganzes Kreditstystem und seine auswärtigen Kreditverpflichtungen auf eine außerordentlich schwere Probe stellte.“

Unter „Allgemeine Gesichtspunkte“ wird gefaßt, daß der Ausschuss angetanigt dieser Tatsachen als

das wichtigste Interesse der Gläubiger

anfeh, das Kreditstystem in Deutschland im allgemeinen und die Reichsbank in besonderen zu stärken. Seine Einstellung geht dahin, die Reichsbank und die Stabilität der Währung zu schützen und das Vertrauen wiederherzustellen. Weiter erklärt der Ausschuss u. a.:

Die deutsche Besserung hat nunmehr eine Höhe erreicht, die, wie in dem Ballester Bericht festgestellt wurde, nicht mehr überschritten werden kann. Wir sind der gleichen Meinung, die Regierung hat außerdem die Ausgaben in drückender Weise vermindert. Ein Haushaltsdefizit ist trotzdem weiter vorhanden.

Der Ausschuss stellt fernerhin ausdrücklich fest, daß die kurzfristigen Beträge in ihrer Gesamtheit zurückgezahlt angelegt wären. Wichtig ist folgende Auslassung: Das Engagementformeln seitens der Stillhaltegläubiger macht es erforderlich, daß die deutschen Mittel nicht verpflichtet werden zur Befriedigung von Ansprüchen außerhalb des Stillhalteabkommens. Die Reichsbank hat den Ausschuss brieflich von der Abicht der deutschen Regierung unterrichtet, unter Mitwirkung der Reichsbank einen „Ausschuss für Auslandsschulden“ zu schaffen, der, ermächtigt von Regierung und Reichsbank, eine allgemeine Kontrolle über alle Zahlungen ausüben soll, die sich aus der gesamten deutschen Auslandsschuldung, sowohl innerhalb wie außerhalb des Stillhalteabkommens, ergeben. Der Ausschuss ist überzeugt, daß dies die Interessen der Stillhaltegläubiger wahren wird, und vertritt, daß, solange diese Gläubiger keine weiteren Kapitalrückzahlungen erhalten, auch keine weiteren Zahlungen an Gläubiger außerhalb der Stillhaltung gefaßt werden, es sei denn, daß dies für die Aufrechterhaltung des deutschen Kredites als notwendig erachtet werde.

Kapitel: „Wiederherstellung der Kreditfundamente“ enthält die bemerkenswerten Sätze:

Das Problem des Kredites ist gelöst, wenn die Gläubiger Kredite, die sie nach eigenem Gutdünken hätten zurückziehen können, bereitwillig und vertrauensvoll weiter gewähren. Es leuchtet ein, daß eine Regelung der deutschen Auslandsschuldensverpflichtungen die erst Genannten von Verhandlungen

gen der Regierungen bildet, ein entscheidendes Element in diesem Problem bedeutet. Der Ausschuss kann nur wiederholen, daß er all das sich zu eigen macht, was bezüglich dieser Probleme von den beiden Ballester Ausschüssen gesagt worden ist. Deutschland kann an die Außenwelt zur Zahlung leisten, wenn es in der Lage ist, einen Auszubrückerschuß von Gütern hinauszuliefern.

In den Schlussfolgerungen heißt es: Die Gläubiger haben alles aufgegeben, um dafür zu sorgen, daß die nächsten 12 Monate für Deutschland eine Periode der Erholung gewährleisten. Der Ausschuss hat einen tiefen Eindruck gewonnen von den überaus großen Anstrengungen und Opfern, die die deutsche Regierung und das deutsche Volk auf sich nehmen, um ihre Stellung inmitten nie daewesener Schwierigkeiten zu behaupten.

Der deutsche Wirtschaftsförpfer trägt gewaltige Verantwortung in sich, die vom Vorhinein kommen werden, sobald günstigere Weltverhältnisse eintreten, und es ist unerlässlich, daß die Hemmnisse einer solchen Entwicklung beseitigt werden. Das wird nicht eintreten ohne positives Handeln der Regierungen und Wäiter auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit, und, wie die beiden Ballester Ausschüsse dringend gefordert haben, ist keine Zeit zu verlieren.

Die gegenwärtig überlebende Krise muß dahin führen, daß die Wäiter der Erde miteinander vertragen. Das Gegenteil muß erreicht werden.

Abchluss des Stillhalteabkommens.

Die erzielte Verständigung.

Berlin, 23. Januar.

In unternichteten Kreisen erwartet man, daß das Stillhalteabkommen noch heute unterzeichnet und alsbald veröffentlicht wird. Ueber den Inhalt des Abkommens liegen noch keinerlei authentische Mitteilungen vor, doch verläutet immerhin einiges über die Einzelheiten:

Hiernach dürfte das Abkommen grundsätzlich auf ein Jahr abgeschlossen sein, doch sind die Gläubiger berechtigt, es vorzeitig zur Auflösung zu bringen, wenn durch eine Verschärfung der deutschen Lage die Wirksamkeit ernstlich gefährdet wird.

Dasselbe gilt bei Erläuterung eines Moratoriums oder der Nichtverlängerung des Reduktionskredits der Reichsbank. Die Barvorwürfe an die Banken sollen halbjährlich mit 25 Prozent zurückgeführt werden können, die Barvorwürfe an die industriellen Schuldner halbjährlich mit 15 Prozent und nach zwei Jahren erst in höheren Raten.

Die zurückgeführten Mittel sollen wieder in Deutschland angelegt werden, und zwar unter Innehaltung einer fünfjährigen Sperrze. Zur Stärkung der Barvorwürfe sollen Trautzertifikate der Banken ausgegeben werden.

Laval gegen Endlösung.

„Bei den kommenden Verhandlungen kann nur die Rede von einem Moratorium sein.“

Paris, 23. Januar.

Im Verlaufe der außerpolitischen Aussprache in der französischen Kammer nahm nochmals Ministerpräsident Laval das Wort. Laval begann seine Rede mit Anerkennung für den von ihm ausgebotenen bisherigen Außenminister Briand und erklärte dabei, „er bliebe ein Anhänger der Politik Briands und werde sich bemühen, sie weiter zu verfolgen.“

Nach einem Überleitwort über die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen seit der Abreiseinsdräumung behandelte Laval ausführlich die letzten reparationspolitischen Verhandlungen, wobei er betonte, daß die französischen Vorkämpfer in Berlin 21 Tage vor dem britischen Vorkämpfer vom Reichszankler darüber unterrichtet worden ist, daß Deutschland weitere Ertragszahlungen nicht leisten kann! Am 9. Januar sei dann nach, so fuhr Laval fort, in London ein Telegramm eingelaufen, wonach der Reichszankler erklärt habe, Deutschland zahle nicht mehr. Später habe man dieses Telegramm berichtigt. Am gleichen Tage habe Frankreich protestiert.

Am 14. Januar habe der Reichszankler noch einmal den französischen Vorkämpfer empfangen und ihm seine ersten Erklärungen wiederholt.

Nach diesen Erklärungen — fuhr Laval dann wörtlich fort — kann man sich die Absichten der Reichsregierung nicht mehr im Zweifel sein. Brötung annahmer zwar nicht den Youngplan, er erklärt aber, daß das Reich auf Jahre hinaus nicht zahlen kann. Frankreich wird niemals auf die Rechte verzichten, die ihm durch die Verträge zugestanden sind, und die nur einen Teil der ersten Schäden wieder gutmachen. Die deutsche These ist für uns unannehmbar.

Laval vermißte weiter auf die Schlussfolgerungen der Ballester Sachverständigen und wollte daraus eine Voraussetzung darüber herausziehen, daß Deutschland nach Überwindung der Krise einen großen Aufschwung erleben werde.

„Diese Schlussfolgerungen — bemerkte er alsdann — ermächtigen uns, eine endgültige Neuregelung der Reparationsfrage zu verweigern, weil die Zahlungsfähigkeit des Reiches nicht nach der augenblicklichen Lage bemessen werden kann. Wir sind bereit, für die Periode der wirtschaftlichen Krise eine neue Abrede zu treffen, wir werden aber

keinerlei Herabsetzungen der Reparationen zustimmen, wenn sie nicht durch eine gleichzeitige Herabsetzung unserer Schulden gegenüber Amerika ausgeglichen werden. Wir werden außerdem stets die Zahlung des ungezüglichten Teiles der Reparationen verlangen.“

Dies sind die neuen Opfer, die wir nach allen anderen bereit sind zu machen. Bei den kommenden Verhandlungen kann nur die Rede von einem Moratorium sein. Deutschland darf nicht seinen eigenen Willen diffundieren.“

Unter dem Beifall der Regierungsparteien beendete Laval dann den reparationspolitischen Teil seiner Rede mit der Erklärung, „die deutschen Methoden“ hätten auf Frankreich keinen Einfluß, im Gegenteil, sie stärkten „das Gefühl der Würde und der nationalen Ehre“. Die Moral dürfe nicht aus den gegenseitigen Beziehungen ausgeschaltet werden.

Der zweite Teil der Rede des Ministerpräsidenten galt der Abrüstungsfrage. Ihr wesentlicher Teil lautete: „In der Abrüstungsfrage bleibt Frankreich bei seiner bisherigen Haltung, die sich auf den Völkervertrag stützt. Frankreich nimmt keine Inprovisionierungen an. Wenn alle Verträge beauftragt werden, so ist eine Herabsetzung der Rüstungen möglich. Frankreich wird nicht nur das Beispiel seiner eigenen Wählung (?) nach Gehör bringen, sondern positive Vorschläge machen, die vor allem in der Bewirkung des Schiedsgerichtsspruches bestehen.“

Als Laval darauf hinwies, daß Frankreich seinen besseren Vertreter als Lardieu nach Genf entsenden könne, erstand auf der Linken anhaltender Lärm. Abblühend erklärte Laval, daß Frankreich in der augenblicklichen Lage keinesfalls Blut und starken Willen brauche, um seine Aufgabe zu erfüllen. Er sei für die Verantwortung wohl bewußt.

51 Stimmen Mehrheit für Laval.

Paris, 23. Januar.

Nach Anchluss der außerpolitischen Aussprache nahm die französische Kammer mit 512 gegen 261 Stimmen folgenden Antrag an: „Die Kammer bezieht der internationalen Zusammenarbeit und der Organisation des Friedens treu, deren Grundlage die Achtung vor den Verträgen ist, die stimmt der Regierungserklärung zu, drückt der Regierung das Vertrauen aus und geht ohne Zusatzantrag zur Tagesordnung über.“

Laval fährt doch nach London

Paris, 23. Januar.

Wie hier verlautet, wird der französische Ministerpräsident Laval demnächst, zurückkommend auf die frühere Einladung MacDonalds, nach London fahren. Nach dem „Intransigeant“ soll die Reise bereits in acht Tagen stattfinden.

Der Eindruck der Laval-Rede.

Berlin, 23. Januar.

Die neue Rede des französischen Ministerpräsidenten wird in Berliner politischen Kreisen als ein Beweis dafür aufgefaßt, daß Frankreich daran interessiert ist, die Gegenstände möglichst herauszufinden. Daß diese Rede die weiteren internationalen Verhandlungen erschweren muß, versteht sich von selbst. Die französische Regierung hat einen formalen Rückgang auf den Youngplan angedeutet, und sich zu einer einstimmigen Zustimmung bekannt, die ihr jedes Recht nimmt, sich auf den Ballester Bericht, der die weltweite Bedeutung des deutschen Problems heraushebt, zu berufen. Ein Moratorium aber, wie es Laval anbietet, würde die Krise nicht beseitigen, sondern sie nur verschleiern. Wie Laval dazu von Opfern sprechen kann, wo er auf der Zahlung der ungezüglichten Tribute beharrt, ist unerfindlich.

Tribute statt Reparationen?

Das Ergebnis der französischen Kammerdebatten.

Paris, 24. Januar.

Mit einer Mehrheit von etwa 60 Stimmen hat die französische Kammer dem neuen Kabinett Laval ihr Vertrauen bezeugt. Der Ministerpräsident hat in die Aussprache mit einer zweiten Rede eingegriffen, die nichts anderes war als eine Bestätigung, teilweise eine Verstärkung der Gesichtspunkte, auf denen er seine programmatischen Erklärungen aufgebaut hatte. Für die Weltöffentlichkeit und insbesondere für Deutschland ist diese zweite Rede Laval's deshalb eine besondere Sache, es sei denn, man lege einzelne seiner so stark zugespitzten Ausprägungen in Beziehung miteinander und mit den tatsächlichen Methoden der französischen Politik.

Uns interessiert dabei besonders das, was Laval über die Zukunftsmöglichkeiten des gewaltigen und gutausgerüsteten deutschen Wirtschaftsorganismus gesagt hat.

Die Tatsache, daß dieser Organismus besteht, und die Hoffnung, daß er einmal wieder erfolgreich wirken werde, dient dem französischen Ministerpräsidenten als Ausgangspunkt für die Verteidigung der französischen Ansprüche auf deutsche Leistungen, über deren Umfang er keine weiteren Angaben für notwendig hält. Man ist hier an einem der Punkte angelangt, wo die französische Nationalkriegspolitik ihre entscheidende Wendung vollzieht, wo sie aber zugleich den Boden der Rechtsgrundlage, den ihr die Verträge bieten mochten, unter den Füßen verliert.

Das Ziel dieser Verträge war, Frankreichs Anspruch auf Reparationen niederzulegen. Das Ziel der heutigen Politik Frankreichs ist die Sicherstellung von deutschen Leistungen, die mit dem Begriff Wiedergutmachung nicht mehr das mindeste zu tun haben, sondern für die die Beziehung als Erlöse die einzig mögliche ist.

Diese Erkenntnis gefördert zu haben, nicht nur in Deutschland, wenn man sie längst aus bitterster Erfahrung gewonnen hat, sondern bei den anderen Staaten und Völkern, ist vielleicht das einzige politische Verdienst der beiden Neben, mit denen der französische Ministerpräsident vor seinem an der Schwelle der Auflösung stehenden Parlament mehr französische Wohlpolitik als kluge und positive Weltpolitik gemacht hat.

Frankreich selbst führt, wie diese Erkenntnis in der Welt wächst, und das macht seine nervösen Bemühungen verständlich, sich wenigstens der Unterdrückung Englands zu verschließen.

Zahlungsausschub keine Hilfe.

Eine Erklärung des Senators Borah.

Washington, 25. Januar.

Zu der französischen Forderung nach einer Verlängerung des Zahlungsausschubs erklärte der amerikanische Senator Borah, daß dadurch keine wirkliche Abhilfe geschaffen würde. Ein Zahlungsausschub unter den jetzigen Verhältnissen würde wie die Verschlebung einer Operation, bis der Patient an Schwäche herbe.

Zum Bedauern, das Herrrot über die Ablehnung Amerikas zum Ausdruck brachte, stellte Borah fest, daß die Vereinigten Staaten großes Interesse daran nehmen würden, wenn Frankreich ein Arbeitsprogramm vorlege, das zu der Hoffnung berechtige, daß ein neuer Tag für den Wiederaufbau Europas anbreche. „Was nützt“, so schloß Borah, „ein neuer Zahlungsausschub unter den Bedingungen, die in seiner Rede geschildert wurden, und wie könnten die Vereinigten Staaten interessiert sein?“

Brünings Antwort an Hitler.

„Zusammenfassung aller positiven Kräfte zur Rettung der Nation.“

Berlin, 25. Januar.

Die Antwort der Reichsregierung auf die Denkschrift Hitlers und legt der Öffentlichkeit übergeben. Der Kanzler bezieht sich in dem über sechs Schreibmaschinenlängen langen Brief an den nationalsozialistischen Parteiführer sowohl mit den verfassungsrechtlichen wie mit den politischen Ausführungen der Hitlerischen Denkschrift. In dem Brief des Kanzlers heißt es u. a.:

Es hat sich niemals um ein „Aufheben“ der die Wahl des Reichspräsidenten betreffenden Bestimmung der Weimarer Verfassung gehandelt. Meine Absicht ging vielmehr von vornherein dahin, wie es Ihnen gegenüber klar zum Ausdruck gebracht ist, die Amtsbauer der geschichtlichen Gestalt des jetzigen Herrn Reichspräsidenten aus Gründen des Gesamtwohles des deutschen Volkes um eine gewisse Zeit im Wege der Geleitgebung zu verlängern.

Die Frage, ob eine derartige Verlängerung der Amtsbauer des Herrn Reichspräsidenten verfassungsrechtlich Bedenken unterliegt ist selbstverständlich von der Reichsregierung geprüft worden, bevor mit Ihnen in Verbindung getreten wurde.

Nach dem Ergebnis dieser Prüfung ist die Verlängerung der Amtsbauer durch ein verfassungsänderndes Gesetz zulässig.

Ihre politischen Argumente muß ich als unzulässig zurückweisen, auch muß ich es ablehnen, mit Ihnen in eine Diskussion über Schlagwort-Begriffe einzutreten.

Vom vaterländischen Standpunkt aus muß ich es unfähig finden, daß Sie die Hauptursache der deutschen Not auf parteipolitische Verhältnisse zurückführen.

Nach fast allgemeiner Auffassung ist ein außenpolitischer Tatbestand, der Verfall der Verfassung, mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungerechtigkeit und Unvernunft, der entscheidende Grund unserer deutschen Not und zum großen Bedauern die Bestimmungen der Verfassung und die Handhabung dieses Vertrages in den ersten fünf Jahren seiner Geltung haben alle deutschen Wiederaufbauberichte immer wieder bestätigt, die deutsche Währung er-

schüttert und schließlich die Einheit des Reiches selbst bedroht. Wenn das Reich gerettet wurde, so ist das nur gechehen durch das Zusammenstreben aller Volksgenossen ohne Unterschied der Parteien.

Sie gehen an diesem wesentlich durch außenpolitische Verhältnisse geschaffenen Sachverhalt ebenso vorbei, wie sie die heutige deutsche Wirtschaft vom Standpunkt ihrer Parteipolitik aus furchtbar dem von Ihnen bekämpften „System“ zur Last legen.

Auch eine Reichsregierung, die eine ihrer Auffassung entsprechende Zusammenfassung hätte, müßte auf dem Wege weiterzueilen, der von mir geleiteten Regierung durch eben diese Lasten aufgenötigt worden ist. Wenn Sie in übrigen meine Anregung in der Präsidentschaftsfrage als ein Produkt der Angst des „Systems“ vor der politischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bezeichnen, so können Sie damit meine Mitarbeiter und mich nicht treffen. Durch das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten an unseren Hofen gestellt, tun wir nach besten Kräften unsere Pflicht.

Wir kennen nur ein Ziel: Rettung des Vaterlandes aus seiner großen Not. Aber unsere Erfolge steht jedem das Urteil frei. Unter gutes Gewissen aber lassen wir uns von niemand bestreiten. Es gibt uns die Kraft, ohne Furcht den Weg zu gehen, den es uns vordreht. Wir scheuen daher auch das Urteil des deutschen Volkes über unsere Maßnahmen nicht.

Wenn Sie die von Ihnen gewünschte Beseitigung des „herrschenden Systems“ als einen außenpolitischen Gewinn Deutschlands bewerten zu sollen glauben, so muß ich Ihnen die Verantwortung für diesen Angriff auf eine Regierung, die alle Kraft an die Bekämpfung der Lage des deutschen Volkes in den kommenden Verhandlungen zu legen entschlossen ist, überlassen. Es muß Ihnen bekannt sein, wie die ganze Arbeit dieser Regierung von dem Primat der Außenpolitik beherrscht wird. Ebenso aber werden Sie nicht leugnen wollen, daß der außenpolitische Erfolg zum Teil durch die Geschlossenheit bedingt ist, mit der die Nation hinter ihren Unterführern steht.

Ich kann nur bedauern, daß Sie selbst in dieser kritischen Lage nicht die Folgerung aus dieser Wahrheit ziehen, die sich von selbst ergibt.

Nationalsozialisten gegen Youngplan.

Hitler antwortet dem Reichskanzler.

München, 25. Januar.

In einer Verlesung in München erklärte Hitler, die Nationalsozialisten hätten keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie den Youngplan nicht anerkennen würden. Wenn der Kanzler erkläre, Hitler könne nichts anderes tun als die gegenwärtige Reichsregierung auch, so müsse festgestellt werden, daß die Reichsregierung allmählich damit beginne, was die Nationalsozialisten schon seit Jahren gefordert hätten. Durch die Abrechnungen seien die Schäden nicht nur nicht beboben worden, sondern die Entmündung zur Katastrophe habe weitere Fortschritte gemacht. Das Arbeitslosenproblem habe noch nicht die geringste Lösung erfahren. Wenn jemand die Schuld an der bisherigen Entwicklung trage, dann sei der erste Wert zur Beseitigung der Beseitigung der Schuldigen. Die Parteien seien an der Entwicklung der Dinge schuld und müßten daher vernichtet werden. Zu dieser Schuld komme die Verdrängung der nationalen Kraftentfaltung in Deutschland.

Auch die Nationalsozialisten könnten nicht von heute auf morgen den vollkommenen Umsturz bringen. Aber die Männer, die ihren Namen mit dem Verfall Deutschlands für ewig verbunden hätten, würden nach dem Gesetz von Urache und Wirkung nicht die Männer des Wiederaufbaues deutscher Zukunft sein.

„Die politische Forderung der Stunde.“

Dr. Götener am Mikrophon.

Berlin, 25. Januar.

Im Rundfunk hielt der Aufsichtsführer Dr. Götener eine politische Rede, zu der ihn, wie er einleitend erklärte, die Vorgänge der letzten Wochen veranlaßt hätten.

„Was in letzter Zeit sich bei uns zugetragen hat“, so führte er aus, „beruht auf der Frage, ob wir Deutsche von allen politischen Instanzen verlassen sind. Es gibt ge-

schichtliche Situationen, die entscheidend sind für die Geschichte des Volkes. Eine solche Stunde ist gegenwärtig für das deutsche Volk da. Mit einem Rest von Hoffnung gehen wir den kommenden Reparationsverhandlungen entgegen. In denen vielleicht die Würfel für unser Schicksal fallen sollen.

In solchen Augenblicken ist es einfachste gebieterische Pflicht, sich geschlossen hinter die Regierung zu stellen, um ihr zu ermöglichen, mit dem ganzen Gewicht und der vollen Autorität, die der Wille eines einzigen Volkes zu geben vermag, vor ihre Gegenspieler zu treten.

Man hält eine solche Gelegenheit für geeignet, dem Kanzler ein Bein zu stellen, und man bereitet ihm eine formale Niederlage bei einer Aktion, deren Erfolg er als wesentlich für seine Stellung auf der Konferenz ansieht. Man schlägt ihm die Wiederwahl des Reichspräsidenten mit qualifizierter Parlamensmehrheit ab.

Sindenburg wirkt auf dem ganzen Erdenrund für uns als stärkster moralischer Faktor und wirkt uns Vertrauen.

Sicherung der Frühjahrsbüdingung.

Die neueste Notverordnung.

Berlin, 24. Januar.

Der Reichspräsident hat die Notverordnung zur Sicherung der Frühjahrsbüdingung unterzeichnet. Darin wird das gesetzliche Pfandrecht an den Früchten landwirtschaftlicher Grundstücke den Gläubigern eingeräumt, die Ansprüche aus der Lieferung von Düngemitteln sowie von anerkanntem Saatgut für das Erntejahr 1932 haben.

Das Pfandrecht gilt auch für Ansprüche aus Darlehen zur Beschaffung dieser Lieferungen. Es erlischt mit dem 1. April 1933. In Gemeinschaft mit den Düngemittelherstellern schloß das Reich ferner einen Garantiefonds von 90 Millionen RM, der es gestattet, zur weiteren Sicherung der Frühjahrsbüdingung Ausfallbüdingungen bis zu einem Viertel des vorjährigen Düngemittelumlages zu übernehmen.

Die Ausfallgarantie wird gegeben für Düngemittelbezüge, die in der Zeit vom 1. Januar bis zum 15. Juni 1932 erfolgen, und zwar für Ausfälle, die derjenige Lieferant erleidet, der den Landwirt unmittelbar beliefert.

Die Garantie erstreckt sich auf den tatsächlichen Ausfall aus der einzelnen Lieferung bis zur Höhe von 90 Prozent, jedoch wird dem einzelnen Lieferanten insgesamt nicht mehr erstattet als 25 Prozent seines Gesamtumlages an Düngemitteln.

Begen Steuerrückgangs . . .

Die aufgehobenen Verzugszuschläge wieder eingeführt.

Berlin, 24. Januar.

Die durch die 4. Notverordnung vom 8. September 1931 aufgehobenen Steuerverzugszuschläge werden am 1. Februar wieder eingeführt. Der neue Verzugszuschlag beträgt halbmäßig 1,5 Prozent, während der alte Verzugszuschlag bekanntlich erheblich höher war.

Der Zuschlag gilt für die wesentlichen Steuerarten, sowohl für die Steuern des Reiches als auch der Länder und Gemeinden, u. a. für die Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Körperschaftsteuer, Grund- und Gewerbesteuer usw. Die Schenksteuer wird, von den neuen Maßnahmen nicht erfaßt. Die Wiedereinführung der Steuerverzugszuschläge ist darauf zurückzuführen, daß die Steuereingänge in letzter Zeit erheblich zurückgegangen sind. Das Reichsfinanzministerium hat sich insbesondere um dem Gedanken leiten lassen, daß die Gemeinden unter allen Umständen die notwendigen Gelder für die Wohlfahrtsverbesserungen zur Verfügung haben müßten.

Das Pensionsfürzungsgegesetz.

Die neuen Beschlüsse des Reichslagsausschusses.

Berlin, 25. Januar.

Im Haushaltsausschuss des Reichstags wurde die zweite Lesung des Pensionsfürzungsgegesetzes abgeschlossen. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurde der Beschluß erster Lesung aufrecht erhalten, wonach die Höchstpension 12 000 Mark betragt und, wenn sich bei der Berechnung des Ruhegeldes ein Mehrbetrag ergibt, dieser nicht zur Auszahlung gelangt.

Damit ist in der wichtigsten Frage des Gesetzes auch in der zweiten Lesung eine Einmütigkeit erzielt worden, da

fürht. Der war ihm so herzlich und freundschaftlich entgegengekommen, hatte sich so angelegentlich mit ihm unterhalten. Ob sich dieser Mann mit den offenen, klugen Augen wohl ein 3 für ein U vormachen ließe?

Er konnte es nicht glauben, ebensowenig von dessen junger, schöner Tochter Melitta, die ihm einmal in des Vaters Begleitung auf einem Spaziergang begegnet war. Wie sie es verstanden hatte, ihn aus seiner Zurückhaltung herauszulösen — wie ernsthaft sie mit ihm geplaudert und ihm zuletzt so warm die Hand gedrückt hatte!

Nein, diese beiden Meinungen hielten ihn nicht für gefühllos, ganz gewiß nicht.

Sein Bruder Horst hatte wenigstens so viel Mitgefühlgefühl besessen, ihn, den Majoratsbesitzer, bei seiner Ankunft zu begrüßen. Von ihm allein wußte er auch, daß Ehrerhaltung im Schloß war; bis heute hatte er sich nicht darum gekümmert und seine Verantwortung gesehen, Notia davon zu nehmen.

Er wußte nur zu gut, welchem Umstände er die Rücksichtnahme des jüngeren Stiefbruders zu verdanken hatte. Bezahle er doch jedesmal antwortlich die Schulden, die dieser ihm ab und zu präsentierte. Aber er ahnte nicht im entferntesten, daß außer diesen Schulden noch andere, bedeutendere von der Mutter beglichen wurden, und daß er nur der äußerste Nolanter war.

Diese kleine Unwissenheit tauchte ihn jedoch nicht über den wahren Charakter seines schönen, leidenschaftlichen Stiefbruders hinweg, und er hatte nach verschiedenen ihm zu Ohren gekommenen Gerichten allen Grund, ein hartes Auge auf ihn zu haben.

So war denn der Nachmittag des festlichen Tages herangekommen — ein schöner, sonnendurchfluteter „Augsnacht“ war es zu vier Uhr waren die Gäste gekommen worden, und pünktlich trübten die Wagen nacheinander in den Schloßhof ein.

(Fortsetzung folgt.)

JLSE RÖMER

Roman von Elsbeth Borchart

51. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Was laßt du, Sorst?“ fragte Gerda, die die Worte nicht verstanden hatte.

„Ich? Nichts. Wo willst du hin, Lotti?“

Lotti hätte nicht mehr; sie war ihrer Vektoren nachgelaufen und hatte sie nun eingeholt.

„Grüßle Römer, ich gehe mit Ihnen!“

„Wenn du mich lieb hast, Kind, so gehe heute mit dem Bruder und Gerda spazieren. Ich habe Kopfschmerzen und möchte gern ganz allein sein.“

Dagegen konnte Lotti nichts tun. Sie kannte deshalb nach einem freundlichen Wunsch für Jlses Beseitigung den anderen nach.

„Nun, warum läßt euch die Erzieherin heute allein?“ fragte er mit schielig verhehltem Vergern.

„Grüßle Römer hat Kopfschmerzen“, erwiderte Lotti.

„So — das hätte sie euch auch früher sagen können — denkt sie denn, ich hätte Zeit, bei euch Kindernädchen zu spielen?“

„Sorst!“

„Berzeli, Gerda, du bist ja schon eine kleine Dame, aber immerhin — ich hatte nicht die Absicht, euch heute zu begleiten — ich habe mich mit Graf Latuschka und Graf Kordula schon anders verabredet. Darum verdet ihr gut tun, eurer Gouvernante nachzugehen.“

„Warum bist du eigentlich so böse, Sorst?“ fragte Lotti.

„Ich böse, denke ja gar nicht daran — was fällt dir ein, Kleine? — Kommt, wir wollen einmal einen Daxerlauf machen.“

Dabei ergriff er sie bei der Hand und rannte mit ihnen den Weg zurück. Lotti jauchzte hell auf vor Lust,

und als sie endlich ganz atemlos Halt machten, lachten sie alle drei.

Sorst hoffte, mit dem Gewaltfreis jeden Glanzen der Kinder, er könnte sich über Jlses Fortgehen geärgert haben, erlöset zu haben, und trennte sich nun von ihnen, um seine Kameraden aufzuwachen.

Die Einladungen zu dem beabsichtigten Fest waren ergangen und fast alle Geladenen hatten zugestimmt.

Es sollte ein Gartenfest werden, und die Vorbereitungen dazu waren in vollem Gange.

Als Graf Kante an dem bestimmten Tage seinen Morgenbesuch machte, nahm er mit Stutzen wahr, was im Park und auf dem großen Platz vor dem Schloße vorging. Da war eine Unzahl Arbeiter beschäftigt, elektrische Lampen anzubringen, und andere wieder legten die Tischen zum Tanzboden.

Auf seine Frage, was das zu bedeuten habe, wurde ihm geantwortet, daß heute ein großes Gartenfest in Ehren der anwesenden Erzieherin stattfände.

Graf Konrad hatte schweigend dazu und ging weiter. Als er aber außer Horweite der Arbeiter war, lagte er auf. Nur solche Weise erfuhr er, was in keinem Schloße vorging. Man hatte es nicht einmal für nötig befunden, ihn, den Majoratsbesitzer, von der bevorstehenden Festlichkeit zu unterrichten. Natürlich, „der Verdacht“ durfte auf solche Rücksicht seinen Anspruch haben; man wußte ja auch, daß er den Festen nicht betreten würde.

Ein laraktisches Rädeln trat auf sein Gesicht.

„Grüßle Sie, Stefama, wie wäre es, wenn ich mich nun selbst zum Feste, das auf meinem Grund und Boden stattfindet, von meinen Entfallen gegeben wird, laden würde?“ — Diese Geistesart und diese bestürzten Meinungen, wenn der Verdacht plötzlich in der Mitte der Gäste erhellte, schickte müßte es sein.

„Da man ihn wirklich für unzurechnungsfähig hielt, besonders unter denen, die ihn von Jugend auf gekannt hatten und die ihm nur durch die lange Abwesenheit von Hause fremd geworden waren?“

Ein Zufall hatte ihn einige Male mit seinem nächsten Gutsnachbarn, dem alten Grafen Latuschka zusammenge-

die Voraussetzung eine Annahme der Gesamtvorlage mit 75 Mehrheit wäre. Die Sozialdemokraten haben zu erkennen gegeben, daß sie in dieser Frage Entgegenkommen zeigen würden, sobald eine Verabschiedung des Gesetzes durch den Reichstag überhaupt gefestigt sei. Das Weitere ist nun Sache des Reichstags selbst.

Fortgang der Preisentung.

Emallwarenen, Bier, Nahrungsmittel, Möbel.

Berlin, 24. Januar.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat festgestellt, daß nach Auflösung der Preisbindungen in der Emallwarenenindustrie

die Preise unter dem Druck des Konkurrenzkampfes dauernd gesunken sind. Damit diese Preisentungen auch dem Verbraucher zugute kommen, werden die verbleibenden Preise in einer Reihe zusammengefaßt und in den Geschäften ausgelegt.

Der Fährer-Großhandel

hat beschlossen, den Fährerpreis für acht Bier ab 1. Februar um eine weitere Mark zu senken.

Die Mindestpreise für Nahrungsmittel

sind entsprechend der Notverordnung um 10 Prozent gesenkt worden. Die Mindestpreise für Fahrräder sind aufgehoben worden; die Preise liegen bereits unter den um 10 Prozent gesenkten Höchstpreisen. Bei den Verhandlungen über die Senkung der Möbelpreise

konnte der Preisminister feststellen, daß die Möbelpreise bereits stärker gesunken sind, als die Notverordnung fordert.

Miete muß bezahlt werden.

Verhaltensmaßregeln zur Mietentzugsfrage.

Berlin, 24. Januar.

Bekanntlich sollen nach den Bestimmungen über die Mietentzug die Vermieter bis zum 25. Januar d. S. ihren Mietern eine endgültige Mitteilung über die neue Miete machen. Nun wird in einer Reihe von Fällen die endgültige Mitteilung bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich sein, weil noch gewisse Vorfragen zu klären sind. Das gilt vor allem für den Fall, wo das Ausmaß der Jalousienentzug von der wiederum die Mietermäßigung abhängt, noch nicht überall voll zu übersehen ist. Die Reichsregierung hat trotz dem die genannte Frist nicht verlängert, um zu vermeiden, daß die endgültige Klärung weiter als unbedingt erforderlich hinausgeschoben wird.

Zwar ist der Mieter nach den Durchführungsbestimmungen zur Mietentzug zur Rechtsnachfolge befähigt, wenn er infolge des Fehlens der endgültigen Benachrichtigung keine Miete zahlt oder nicht rechtzeitig zahlt. Dieser Schutz vor Rechtsfolgen bedeutet aber keineswegs, daß der Mieter von der Verpflichtung zur Mietzahlung in diesen Fällen überhaupt befreit ist. Auch dann, wenn eine endgültige Mitteilung über den neuen Mietzins noch nicht gezeichnet ist, hat der Mieter mindestens den Betrag zu zahlen, der sich vorläufig als endgültige Miete ergeben wird.

Hände weg!

Das Saargebiet und französische Zwangsmaßnahmen

Berlin, 24. Januar.

Ein französisches Blatt hat auf der Suche nach Druckmitteln gegenüber Deutschland die Frage aufgeworfen, was Frankreich gegen ihn tun, zu erklären, daß das Saargebiet Frankreich auf unbestimmte Zeit als Pfand für unbegleitete Schulden dienen könne. Die Antwort ergibt sich aus der von den Franzosen so heftig zitierten Mitteilung der Verträge; denn der Verfall der Verträge liegt an der das Saargebiet betreffenden Stelle ausdrücklich, daß der Wählerbund als Treuhänder die Regierung des Saargebietes übernimmt.

Frankreich hat also juristisch nicht das allergeringste Recht, Hand an das deutsche Saargebiet zu legen. Die Unmöglichkeit der französischen Forderung ergibt sich ferner aus der weiteren Bestimmung des Verfallens der Verträge, daß nach Ablauf von 15 Jahren, also spätestens im Jahre 1935, die Volksabstimmung stattfinden muß.

Groener zur Abrüstung.

Reichswehr gegen die Pariser Verleumdungen.

Berlin, 23. Januar.

Den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage hat Reichswehrminister Groener in einer Unterredung mit dem Vertreter des „Popolo d'Italia“ noch einmal grundräßig klargestellt.

Groener erinnert zunächst an den bekannten Satz Mussolinis: „Nur eine rechtliche Gleichheit zwischen den Nationen möglich, wenn auf der einen Seite bis zu den Zähnen bewaffnete Mächte stehen und auf der anderen Seite solche, die dazu verurteilt sind, unbewaffnet zu sein.“ und erklärt dann:

Ich könnte keine besseren Worte finden, um die grundsätzliche Forderung auszudrücken, mit der Deutschland auf die Abrüstungsfrage zugeht. Es ist die Forderung der Gleichberechtigung! Wir verlangen für alle die gleichen Methoden der Abrüstung und den gleichen Grad der Sicherheit.

Es darf in Zukunft keinen rechtlichen Unterschied mehr zwischen Siegern und Besiegten des Weltkrieges geben; es darf nicht dem einen erlaubt sein, was dem anderen verboten ist.

Deutschland hat das Recht auf die gleiche nationale Sicherheit wie jedes andere Land. Daher fordern wir die allgemeine Abrüstung bis auf den in den Friedensverträgen festgelegten Stand.

Deutschlands Abrüstung ist nur der Welt festgelegt worden. Der deutsche Wehrhaushalt hat seit dem Kriege stets nur einen kleinen Teil von dem betragen, was andere Staaten für ihre Rüstungen ausgegeben haben, und ist seit dem Jahre 1928 ständig gesunken. Es ist völlig unnötig, zu glauben, Deutschland habe in wenigen Jahren im geheimen eine neue Kriegsrüstung schaffen können. Ich kann mit großer Bestimmtheit sagen, daß Deutschland mit den italienischen Auffassungen über die Abrüstung weitgehend übereinstimmt. Wir danken Italien besonders, daß es den Grundlag der Gleichberechtigung laut verkündet hat. Ich hoffe, daß Italien und Deutschland zu einem erfolgreichen Verlauf der Konferenz zusammenarbeiten können, denn sie sind sich einig in dem Bewußtsein, daß eine wirkliche und radikale Abrüstung notwendig ist.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 25. Januar 1931

* Ein Kirchweih-Fest im Jülicherl veranfalet am 13. Februar der Männer-Turn-Verein im Hotel „Blauer Decht“. Wie wir hören, sind die Vorbereitungen schon im Gange. Ueber die Ausgestaltung des Festes selbst werden wir in einer der nächsten Nummern berichten.

* Wo liegt Klippitz? Auf keiner Landkarte, auf keinem Globus liegt es verzeichnet, und es liegt vielleicht im Niemandsländchen oder in Abhandeln oder im Märchenland. Wenn nun auch dieses Land Klippitz nicht ohne weiteres zu benennen ist, so gibt es doch Klippitz, und diese kleinen Miniaturklippitz aus Klippitz werden am kommenden Freitag, den 29. Januar, im Hotel „Blauer Decht“ ihr diesjähriges Gastspiel mit einem vollständig neuen Programm und vollständig neuen Mitgliedern geben. Diese kleinen Klippitz sind alle musikalisch sowie artistisch und schauspielertisch ausgebildet, und die Leistungen sind daher auf der Höhe. Ueberall, wo diese kleinen Leute ihr Gastspiel geben, werden sie mit großem Beifall empfangen, und mer einmal diese Vorstellung besucht, wird sich wieder hingehen. Die Leistungen dieser Original-Miniaturklippitz aus Klippitz sind bestimmt nicht mit den minderwertigen Leistungen der sonstigen Schauffestungen auf Jahrmärkten zu vergleichen. Die Eintrittskarten sind durch Vorverkauf Buchhandlung „Henschel“ zu haben.

* Am gestrigen Sonntag weite die Handballmannschaft des Männer-Turn-Vereins Remberg in Preßlich um gegen die 2. Mannschaft des dortigen Vereins ein Freundschaftsspiel ausgetragen. Es endete mit dem Ergebnis 7:1, Halbzeit 3:0 für Preßlich. Das Spiel stand leider unter dem Einfluß des oft zu parteiischen Schiedsrichters, der auch sonst dem Spiel in keiner Weise gewachsen war. Der Remberger Mannschaft, die diesmal mit nur 10 Mann antreten konnte, fehlt in erster Linie eine gute Schußkraft aus Tor, wodurch manche gute Torgelegenheit verloren ging, daneben läßt das gute Zusammenpiel noch sehr zu wünschen übrig. Ein guter Trost: Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen.

* Am gestrigen Sonntag feierte das Franz. Knapsche Ehepaar das Fest der silbernen Hochzeit. Auch wir bringen dem Jubelpaar unsere herzlichsten Wünsche. — Während in der vergangenen Nacht der Landwirt Grunike mit seinen Angehörigen am Ball des Kiessportvereins teilnahm, wurde in seiner Wohnung eingebrochen. Jedenfalls hatte er den Dieb auf Weid abgehauen, hatte jedoch kein Glück. Nur etwas Inflationssgeld fand er vor, das auf dem Fußboden verstreut umlag. Andere Gegenstände wurden von dem Dieb bisher nicht vermisst.

Die Schulfestlichkeiten in der Provinz Sachsen. Nach einer Mitteilung des Amtlichen Preussischen Pressebüros sind die Schulfestlichkeiten in der Provinz Sachsen in diesem Jahre wie folgt festgelegt:

Schluß und Beginn des Unterrichts	
Ostern	Mittwoch, 23. 3.
Pfingsten	Freitag, 13. 5.
Sommer	Sonntag, 2. 7.
Herbst	Sonntag, 1. 10.
Weihnachten	Freitag, 23. 12.
Schluß des Schuljahres 1932/33	Sonntag, 8. April 1933.

Was geschieht im Falle Dehns? Am Freitag weite der Rektor der Universität, Professor Dr. A. Dehn, in Berlin, um er dem Kultusminister Bericht erstatten. Um 6 Uhr abends kehrte der Rektor aus Berlin zurück, um sich sofort in die Sitzung des Senats zu begeben.

Über das Ergebnis der Berliner Besprechungen wird vorläufig noch Stillstand eingenommen. Der Senat befaßt sich lediglich mit dem Fall des Studenten, der am 19. d. M. einen 8 mal 11 Meter per vor der Tür des Dehns'schen Hörsaals zur Explosion brachte. Er ist mit dem Ausschluß von der Universität bestraft worden.

Der Senat der Universität. Die Rundgebung der Hallischen Studentenschaft mit ihrer energiegelassen Stellungnahme gegen jede weitere Verhängung des Prof. Dehns zeigt, daß die Frage der Lösung des Konfliktes mehr denn je akut ist. Rektor und Senat haben schon vor einiger Zeit den dringlichen Antrag beim Preussischen Kultusministerium gestellt, einen zweiten Verhaftungsbescheid zu erteilen. Wie sich der Minister dazu stellt, ist noch nicht bekannt. Schon findet der Antrag, wie wir hören, innerhalb des Ministeriums Unterlegung. Der zweite Verhaftungsbescheid hätte die Bedeutung, daß der Teil der Händerschaft, der mit Prof. Dehn nicht einverstanden ist, nicht zugelassen ist, bei ihm praktische Theologie zu hören. Auf inhaltlicher Seite ist man, wie die Mittwochsversammlung zeigte, mit einer solchen Lösung nicht zufrieden, sondern verlangt die völlige Entzerrung Prof. Dr. Dehns.

Braunkohlenerzeugung reiflos gelungen. Merseburg. Auf dem Städtischen Gaswerk wurden in den letzten Monaten Versuche zur Vergasung von Braunkohle durchgeführt, die jetzt zu einem gewissen Abschluß gebracht worden sind. Als Ergebnis hat man ein Braunkohlengas erzeugt, das sich kaum noch vom Steinkohlengas unterscheidet und das den bisher erzeugten Gas beigemengt werden soll. Ein wesentlicher Vorteil der Merseburger Verfahrens von dem des holländischen Ingenieurs Weyers liegt darin, daß eine besondere Nachwäsche zur Beseitigung der Kohlenstaube nicht notwendig ist, was eine wesentliche Vereinfachung der Herstellung bedeutet. Der Heizwert des Gases wurde mit 4030 bis 4260 Wärmeinheiten pro Kubikmeter festgelegt und ist damit dem des Steinkohlengases nahezu gleich. Das spezifische Gewicht beträgt 0,49 bis 0,50, der Gehalt an CO₂ liegt nicht über 5 Prozent hinaus, ist also nicht höher als bei Steinkohlengas. Nachdem auch das Verdunstungsstadium mit günstigem Ergebnis abgeschlossen ist, wird man die Herstellung in größerem Umfang aufnehmen, um die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens zu erproben.

Wer ist das vermählte Ehepaar? Wieche (Unstrut). Seit dem 5. d. M. sind das Hausmädchen Annemarie Schorck und der Schlosser Siegfried Schröder als Vermählte spurlos verschwunden. Am Abend des 4. Januar haben sie sich von ihrer Arbeitsstätte entfernt, wahrscheinlich in der Befürchtung, wegen des zwischen ihnen bestehenden Eheverhältnisses Vorverfahren zu bekommen. Die jungen Leute wurden zuletzt am kommen-

den Morgen auf der Köpfler Unstrutstraße gesehen, wo sie einem nach Wieche fahrenden Arbeiter Abschiedsbriefe an ihre Eltern mitgaben. Man befürchtet, daß beide in der damals hochwasserführenden Unstrut den Tod gefunden haben.

Starke Inanspruchnahme der Winterhelfer. Magdeburg. Aus einer Übersicht über die bisher von der Winterhelfer in Magdeburg geleistete Arbeit ergibt sich, daß die Gesamtzahl der Teilnehmer seit Beginn der Spelungen rund 20 000 beträgt. Die Gesamtzahl der bis zum 21. Januar entnommenen Gewürzungen beläuft sich auf 227 130. Ein Spiegelbild der Not, die in weiten Kreisen der Bevölkerung herrscht, gibt die Zahl der eingegangenen Befreiungsanträge, die am 21. Januar etwa 10 000 betrug. Bis zum 19. Januar waren hiervon 3 188 bewilligt und ausgeführt worden.

Mitteldeutscher Handwerksamtag in Nordhausen. Aufschlagsfrage. — Der Lehrling als Leihobjekt. Nordhausen. Die Mitteldeutschen Handwerkskammern hielten in Nordhausen die erste Tagung im neuen Jahre ab. Die Kammern waren sämtlich vertreten. Verhandelt wurde über die Neufestsetzung von Lehrlingshöchstzahlen für das Damenhandwerkereigebere. Eine ausgiebige Ausdrücke der Verhandlungspunkte.

Handwerksamt als Innungsaufsichtsbüro. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbesamtag soll mit der weiteren Beförderung der Angelegenheit beauftragt werden. Nachdem bereits in Preußen das Siedereigebere als Handwerksamt anerkannt ist, wurde beschlossen, daß auch von den Thüringischen Kammern die Anerkennung durchgeführt werden soll.

Angebot der katastralen Wirtschaftslage wurde eine allgemeine Senkung der Lehrlingshöchstzahlungsätze beschlossen.

Wegen Auftragsmangel kann sich teilweise ein Ausleihen von Lehrlingen erforderlich machen. Die Kammern sind sich darüber einig, daß derartige Handwerker, dem Lehrling verliehen werden, sich im Besitz der Anstellungsbefreiung befinden muß.

Die Notverordnung sieht für Abzahlungsgebühren eine Vergünstigung hinsichtlich der Umsatzsteuer bis 30. Juni 1932 vor. Es wurde beschlossen, sich dafür einzusetzen, daß die Steuererleichterung bis zur endgültigen Abwicklung des Abzahlungsgebührens gewährt werden soll.

Die Ärgernisse durch die Scheibe. Neuhaldensleben. In Offenbein vernünftige sich der 14jährige Sohn eines Mühlenbesizers mit Scheibenschleichen und hatte dabei die Scheibe an der Gartentür aufgerollt. Unglücksfälle schlugen die Ärgernisse durch die Tür und verletzten den neunjährigen Sohn eines Bergarbeiters am Kopfe schwer.

Leipzig soll Strom und Wasser einbrecher. Leipzig. Die der Vereinigten Bürgerfraktion angehörenden Stadtratsmitglieder Dr. Höhn und Bülow haben folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht, der bereits in der nächsten Sitzung der Stadtratsmitglieder beraten werden soll: „Das Stadtratsmitgliedkollegium wolle beschließen, daß der Rat der Stadt Leipzig von der am 1. Februar beginnenden 6. Abzahlungsperiode ab die derzeitigen Strompreise um 20 Prozent senke. Ferner soll der Rat der Stadt Leipzig den am 1. Februar 1931 bekanntgegebenen, bis zum 31. März 1932 geltenden Aufschlag zum Wasserpreis um 20 Prozent pro Kubikmeter (statt von der oben genannten Rechnungsperiode ab in Fortfall bringen).“

Schwere Strafen für Berliner Einbrecher. Leipzig. Das Gemeinliche Schöffengericht verurteilte wegen Einbruchdiebstahls den Händler Richard Zimmermann in Berlin zu zwei Jahren Zuchthaus, drei Jahre Gefängnis zu sieben Monaten Gefängnis bis zu einem Jahr neun Monaten Zuchthaus, während drei weitere Angeklagte freigesprochen wurden. Die Angeklagten, sämtlich Berliner, hatten Ende 1930 in Leipzig in Rauchwarenhandlungen eingebrochen und für etwa 36 000 Mark Rauchwaren entwendet und weiter vertrieben.

Die Ophthalmologen lagen. Leipzig. Die Deutsche Ophthalmologische Gesellschaft hält in Leipzig vom 19. bis 21. Mai ihre Versammlung ab.

Verhelfen des Bürgermeisters. Zwickau. Der zweite Bürgermeister von Meerane, Dr. Alfred Bethe, wurde vom Zwickauer Gemeinlichen Schöffengericht wegen 3 Verbrechen wegen 3 Verbrechen verurteilt. Bethe hatte von drei Verbrechen in Leipzig, Dresden und Chemnitz Waren auf Raubzügen bezogen, diese aber nicht eingehalten. Pfändungen waren fruchtlos gewesen.

Tödliche Sturz von der Eisenbahnbrücke. Reichenbach. Der 68 Jahre alte Normadenmeister Knoll aus Untermerzbach, der am 20. März abzureisen, an der Unterunterquerung über die Eisenbahnbrücke ging, kam dabei zu Fall und stürzte in das dort fließende tiefe Flußbett des Oberreichenbacher Baches. Dabei zog sich alle Mann so schwere Verletzungen zu, daß der Tod bald darauf eintrat.

Zur Affäre des Bürgermeisters Werner. Hofheim am Taunus. Am Mittwoch wurde das dem wegen Anklage zum Morde zu 4½ Jahren Zuchthaus verurteilten Bürgermeister Werner in Hermsdorf gehörige etwa 6 Hektar große Grundstück zwangsversteigert. Das Höchstgebot gab der Spar-, Kredit- und Besorgungverein Hermsdorf mit 22 300 Mark ab.

Ehemaliger Schachmeister festgenommen. In der Arbeiterkolonie Wilhelmshorst bei W a r e l, die zu den Bodelschwingh'schen Anstalten an der Senne gehört, ist der Gerichtsassessor Johannes Reblin, der als Schachmeister des Deutschen Sängerbundes 900 000 RM unterschlagen hatte und sich seit seiner Verurteilung zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis verborgen hielt, festgenommen worden. Reblin hielt sich seit dem 4. Januar in Wilhelmshorst auf. Er wird nach Berlin zurückgeführt werden.

Der tote Arbeitsmarkt. Höchststadt der Erwerbslosigkeit in Mitteldeutschland erreicht? Der Präsident des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland berichtet:

Der in den ersten Hälfte des Monats Januar 1931 die Zahl der Arbeitsuchenden von 511 453 (davon 96 159 weibliche) am 31. Dezember 1931 um 29 643 = 5,8 Prozent (Vorjahr 9,1 Prozent) auf 541 096 (davon 103 649 weibliche) am 15. Januar 1932. Damit zeigte sich die Steigerung der winterrlichen Arbeitslosigkeit weiter fort. Die Zahl der Freigestellten erreichte mit 5,8 Prozent nicht ganz die Höhe des Zuganges an Arbeitsuchenden der zweiten Dezemberhälfte (7,2 Prozent). Wenn bisher die Steigerung der Arbeitslosigkeit

vor allem mit auf die Entlassungen in den Saisonarbeiten berufen zurückzuführen war, so sind diese Berufsgruppen in der Berichtszeit nur noch mit 33 Prozent des Gesamtzuanges beteiligt. Der Arbeitsmarkt dürfte daher nunmehr den saisonmäßig bedingten Höchststand der Arbeitslosigkeit ziemlich erreicht haben.

Die eingetretene Verschlechterung in der Lage der Industriegruppen ist wohl zum größten Teil auf die Erhöhung der Zolltarife der Exportländer (Frankreich u. England) und die volutarischen Einfuhrbeschränkungen verschiedener Länder zurückzuführen.

Nicht ganz unbefriedigt an dem Rückgang des Beschäftigungsgrades des Nahrungs- und Genussmittel-, Bekleidungs- und des Holz- und Schnitzstoffgewerbes dürfte die zusammenhängende Kaufkraft der Inlandsbevölkerung sein. Der Braumittelverbrauch gab Abraum- und Verladeträfte frei, da die Abgabe an Hausbrandmaterialien infolge der milden Witterung und der Zurückhaltung des Handels und der Verbrauchserschaft hinter jeder Erwartung zurückblieben. Am Raibergbau machte sich die 10 prozentige Senkung der Preise und die Frachtermäßigung noch nicht durch Auftragszunehme bemerkbar, es wurde daher von der Einstellung von Zuschlagkräften, die saisonmäßig einziehen müßte, abgesehen. Das Quarziteisende und die Beheizung des Weihnachtsgeschäftes brachten den Angestelltenberufen einen beträchtlichen Zugang.

Von den vorhandenen 541 096 Arbeitssuchenden erhielten 160 027 — 29,6 Prozent versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung, 135 262 = 25,0 Prozent Arbeitslosenunterstützung, 136 369 = 25,2 Prozent Wohlfahrtsunterstützung. Mit Notstandsarbeiten werden 809 Personen beschäftigt. Außerdem erhielten 21 667 Personen aus Mitteln der Reichsanstalt Kurzarbeiterunterstützung.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am 22. Januar 1932.

Anwesend sind 4 Magistratsmitglieder und 12 Stadtverordnete. Stv. V. Ludvig eröffnet die Sitzung mit den besten Wünschen für das neue Jahr.

1. Wahl des Vorstandes. Die Zettelwahl ergab folgende Zusammenlegung des Vorstandes:

- Vorsteher: H. Ludvig
- Stellvertreter des Vorsteher: Ch. Ludvig
- Schriftführer: P. Raete
- Stellvertreter des Schriftführer: A. Schulze

2. Wahl der Kommissionen. Auf Vorschlag des Stv. Heßler werden alle Kommissionen in der bisherigen Besetzung gelassen. Stv. Quinque hält die Wahl eines Wohlfahrtsausschusses für erforderlich. Gemäßt werden die Stv. Ludwig, Götner, Quinque, Löser. Ferner wird die Wahl eines Finanzausschusses vorgenommen, dem die Stv. Knaf, Richter, Heßler, Dammann und Ludvig angehören. Sen. Schäfer trägt an, ob der Ortsausschuß für Verbesserungen noch besteht und wenn diese Wahl vorgenommen wird. Die Verammlung bittet hierauf den Magistrat, die Wahl dieses Ausschusses für die nächste Sitzung vorzubereiten.

3. Genehmigung der letzten Niederschrift. Diese erfolgt ohne Einwendungen.

4. Kenntnisnahmen: a) von einer Mitteilung des Kreis-ausschusses, daß für erfolgte Straßenaussparungen 520 Mk. Beihilfen bewilligt sind, b) von einer Verfügung des Regierungspräsidenten, daß auf Grund von Verordnungen des Gemeindevorstandes unterlagst. Anwendungen an Erwerbslosen u. v. m. vorzunehmen, selbst wenn die Gemeinden dazu in der Lage sind; weil dadurch in leistungsschwachen Gemeinden Unzulänglichkeiten entstehen würden. Die Magistrat sind verpflichtet, etwaige Beschlüsse der Stadtverordneten über Sonderzuweisungen ohne Prüfung der besonderen Bedürftigkeit zu beanstanden. Stv. Quinque wendet sich prinzipiell gegen diese Verfügung des Regierungspräsidenten, denn es fände ihm nicht das Recht zu, in die Selbstverwaltung eingzugreifen.

5. Bebauungsplan für die Gartenstraße. Veranlaßt durch mehrere Bauvorhaben in der Gartenstraße ist vom Kreisbaumeister ein Bebauungsplan ausgearbeitet, der der Verammlung vorliegt. Nötig ist nach diesen auch die Verlegung des Feldwegs. Stv. Richter gefällig der Plan nicht richtig, weil einige Grundstücke durch die Straßenfront bedingt, gestaffelt gebaut werden müssen und daselbe unchöne Bild wie an der Reudener Straße entstehen würde. Stv. Knaf erklärt, daß durch die vorgelegene offene Bauweise dieses Bild nicht eintreten würde. Auf Anregung des Stv. Raete wird die Beschlußfassung über den Plan ausgesetzt. Vorher soll aber noch einmal eine Besichtigung an Ort und Stelle erfolgen.

6. Wahl von Prüfern für die Elektrizitätswerkrechnung 1930. Gemählt wurden die Stv. Hamann, Schulze und Quinque.

7. Wahl von Prüfern für die Sparkassenrechnung 1930. Die Prüfung erfolgt durch die Stv. Raete, Heßler und Jaekel.

8. Ermäßigung der Mieten für Wohn- und gewerbliche Räume. Der Magistrat schlägt eine 10prozentige Ermäßigung vor mit Ausnahme der Neubauten. Stv. Knaf erklärt, daß gegen die Ermäßigung entsprechend der Notverordnung nichts einmündet werden könne, obwohl er ein Gegner der Ermäßigung ist. In Anbetracht der heutigen Wirtschaftslage sei aber bei der Mieteerhöhung eine größere Ermäßigung angebracht. Beigeordneter Kolbe bittet, es bei dem Vorschlag des Magistrats zu belassen. Stv. Raete ist für Zustimmung zum Magistratsantrag. Stv. Götner bemerkt, daß bei einer Ermäßigung der Miete auch die Landwirte kommen würden, denn deren Lage sei auch nicht rosig. Stv. Quinque ist der Ansicht, daß die Lage der Bauwirtschaft katastrophal sei und daß aus diesem Grunde eine Ermäßigung der Mieteerhöhung erforderlich sei. In diesem Sinne wird der Magistratsantrag angenommen. Die Verammlung stimmt dem Magistratsantrag zu. Stv. Jaekel schlägt vor, daß auch für Oppin eine Pacht gesahlt werden müsse. Stv. Quinque stellt fest, daß selbstverständ-

lich für Oppin ebenfalls Pacht gefordert wird, denn jetzt sei eine Benachteiligung der hiesigen Gastwirte vorhanden. Die Verammlung stellt an den Magistrat den Antrag: zur nächsten Sitzung bittet die Verammlung den Magistrat, eine Vorlage über Pachtgebühren für Oppin zu machen.

9. Notstandsarbeiten. Es soll einehebung der Wasserläufe in der Kemberger Flur stattfinden. Zu diesem Projekt werden Beihilfen vom Arbeitsamt gewährt. Es handelt sich um die Beschäftigung von 20 Arbeitern für 15 Wochen. Ferner haben sich auch die Hüfnerarbeiten bereit erklärt, Beihilfen zu gewähren, sodas aus Kammermitteln noch ca. 1500 RM zu bewilligen wären. Stv. Quinque will aber zu diesen Arbeiten die ausgeführten herangezogen wissen, damit eine Entlastung der Stadt von den Wohlfahrtskosten stattfindet. Sen. Schäfer erwidert, daß das nicht möglich sei. Es können bis 5 Ausgeleitete eingestellt werden. Bei Annahme des Antrages Quinque würde das Arbeitsamt keine Beihilfen geben. Stv. Richter fordert, daß diese Arbeit aber keinem Unternehmer übergeben wird, damit dieser 3000 RM verdienen könne. Stv. Raete erklärt dem Stv. Richter, daß ein einem beratigen Objekt von 7000 RM kein Unternehmer 3000 RM verdienen könne. Stv. Knaf erwidert dem Stv. Richter, daß es sich um Galarand handelt. Er hätte jedoch die Löhnlitten eingesehen und muß feststellen, daß Galarand nicht mehr bei der Rabellegung verdient hat als jeder andere Arbeiter.

10. Pachtvermählungsantrag für die Dreiteilwiesen. Auf einen Antrag werden die Pachtfläche von 1924, die außerordentlich hoch waren, für die letzte Rate um die Hälfte ermäßigt. Selbst diese Pachtsumme liegen noch wesentlich über denen, die bei der letzten Neuverpachtung erzielt wurden.

11. Der Sportverein Rot-Weiß hat den Antrag gestellt, den Sportplatz zu vergrößern und einen Vertreter des Sportvereins und des Turnvereins hinzuziehen. Beigeordneter Kolbe ist der Ansicht, daß durch die Benutzung des Platzes von zwei Vereinen Streitigkeiten entstehen. Eine Vergrößerung des Platzes kann nicht in Frage kommen, da die Wege der Hüfnerarbeiten gehören. Es würde sich empfehlen, den Sportplatz nach Niemiß zu verlegen und den jetzigen Sportplatz dem Turnverein zu belassen. Stv. Heßler stimmt dem Vorschlag zu. Auf Antrag des Stv. Raete und Sen. Schäfer wird der Antrag dem Magistrat zur weiteren Bearbeitung überwiefen.

12. Stv. Schulze erucht, nunmehr eine Ermäßigung der Lichtpreise vorzunehmen. Sen. Nißlicht berichtet über in Halle stattgefundene Beratungen wegen Senkung der Strompreise. Eine Vorlage wird in Kürze erfolgen. Hierauf geheime Sitzung.

Dienstag, den 26. Januar Bibelstunde
abends 8 Uhr im Biergarten
Prediger Westermann-Wittenberg.
Hierzu wird herzlich eingeladen

Öffentliche Verdingung.

Die Zimmerarbeiten für Sicherung des Dachfußes der Stadtkirche in Kemberg sollen öffentlich verdingen werden. Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen zum Öffnungstermin **am Donnerstag, den 28. Januar 1932, nachm. 15 15 Uhr** dem Preislichen Hochbauamt einzureichen.

Die Verdingungsunterlagen liegen beim Preislichen Hochbauamt, Wittenberg, Defauerstraße 122a zur Einsicht aus. Angebotsvorbrücke sind dorthelbst, soweit der Vorrat reicht, für 0,50 Rm. erhältlich.

Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Wittenberg, den 22. Januar 1932

Preisliches Hochbauamt

Bürger-Verein

Am **Dienstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr** im Hotel „Blauer Hecht“

General-Versammlung

Tagesordnung wird in der Verammlung bekannt gegeben

Der Vorstand

Empfehle frisch eintreffend
Schellfisch, Fischfilet
grüne Seringe

Bäcklinge, Sprotten
ger. Schellfisch, Lachsheringe
Richard Tempelhof, Tel. 256

Frisch eingetroffen
Grüne Seringe
Bund 17 Pfennig

ff. Bäcklinge . . . Sprotten
Bratheringe
Liter-Dose 57 Pfennig

bei **S. G. Glaubig**
Frisch eingetroffen

Grüne Seringe
Schellfisch
Fischfilet

Bäcklinge Vollfetheringe
Ww. E. Reinecke, Tel. 356

Bringe ich meine

Leihbibliothek

in empfehlende Erinnerung. **Richard Arnold, Leipziger Straße**

1000 Goldfische gratis!

Um mein Fisch- und Vogelfutter den geehrten Tierfreunden bekannt zu machen, verleihe ich bei Einkauf von 1 Paket **Daphnien** (Wasserläuse), oder $\frac{1}{2}$ Pfd. **Vogelfutter** jeglicher Art, oder 1 kg weißen, präparierten **Vogelfand 1 Goldfisch**. Gefäß ist mitzubringen. Sollten Sie kein geeignetes Gefäß haben, können Sie bei mir billige Aquarien und sonstige Bedarfsartikel haben. Den Tierfreunden empfehle ich **Vogel- u. Fischfutter** jeder Art. Bedarfsartikel für die Tierpflege.

Markt-Drogerie
Paul Hennig

Butterbrotpapier
erhältlich bei **H. Arnold, Markt**

Damen

aller Stände, mit und ohne Vermögen. Herren aller Kreise gelangen reich zur glücklichen Ehe. Verlangen Sie kostenloses Probeheft!

Lebensring-Verlag, Berlin W. 50 III

Gewerbe- u. Verein

Für Gewerbetreibende Feuererklärung ist für unsere Mitglieder Fristverlängerung bis 5. Februar beantragt. Ausfüllung erfolgt am 3. Februar. Genaue Zeit wird noch bekannt gemacht.

Bahn hofswirtschaft

Sonntag, den 31. Januar
Bockbierfest

Rotta **Voranzeige!**
Sonntag, den 14. Februar 1932
bei Rütze

Mastenball

Kemberg Hotel „Blauer Hecht“

Nur Freitag, den 29. Januar 1932

Direktor Scheuer's

Original-Miniatur-Künstler aus Liliput

mit ihrem Sensationsprogramm der dezenten Kunst und deutscher Märchen.

23 wirkliche Zwerge 23 wirkliche Zwerge

Abends 8 1/2 Uhr

Der Säugling oder Wem gehört das Baby

Der neuzeitliche Schlager aller Schwänke und Lustspiele

Alleiniges Aufführungsrecht

Nachmittags 4 1/2 Uhr

Große

Märchenvorstellungen für die Jugend mit Musik und Ballet u. vieles andere mehr

Eintrittskarten (steuerfrei) im Vorverkauf **Buchhandlung Arnold, Markt**

Preise der Plätze: Nachmittags: Sperritz nummeriert 70 Pf., 1. Platz 50 Pf. und 2. Platz 30 Pf.

Abends: Sperritz num. 1.— M., 1. Platz 80 Pf., 2. Platz 60 Pf.

In der Nachmittagsvorstellung zahlen Erwachsene keinen Zuschlag

In der Abendvorstellung haben schulpflichtige Kinder keinen Zutritt

Reise-Koffer

in verschiedenen Größen und Ausführungen

Richard Arnold, Leipziger Str. und Markt

Für die vielen Aufmerksamkeiten zu ihrer Silberhochzeit danken herzlichst

Franz Knappe und Frau

Ateritz, den 24. Januar 1932

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. — Wöchentliche Belegen: „Sonntagsblatt“ und „Alliiertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,75 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Kantoren 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt: Postumsendung. — Streifen als Ersatz jeder Anpreisung auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Feilzeile oder deren Raum 15 Pfg. Die halbpaltene Reklamezeile 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen auf bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbegeräte unbedingt gesondert. — Schreibweise oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Beleggebühr: 10.— Mk. das Zahlen, zuzüglich Postgebühr. — Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 11

Dienstag, den 26. Januar 1932

34. Jahrg.

Donnerstag, den 28. Januar, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.

Kemberg, den 25. Januar 1932.

Der Magistrat.

Der für den 28. Januar vorgesehene

Schweinemarkt

muß infolge Viehseuchengefahr ausfallen

Kemberg, den 25. Januar 1932.

Der Magistrat.

Vertrauen zu Deutschland.

Das Ergebnis der Stillhalteverhandlungen.

Berlin, 25. Januar.

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Vertretern ausländischer Gläubigerbanken und Mitgliedern des deutschen Schuldnerausschusses ist nunmehr ein „Deutsches Kreditabkommen 1932“ bezeichnetes Abkommen zustande gekommen, dessen Annahme die Vertreter ihren Ausschüssen empfehlen wollen und das, ohne formell und inhaltlich eine bloße Fortsetzung des am 29. Februar 1932 ablaufenden Abkommens über die kurzfristigen deutschen Auslandsschulden zu sein, die Rechtsbeziehungen zwischen den ausländischen Bankengläubigern und den privaten Schuldner kurzfristiger Kredite im Sinne einer Aufrechterhaltung dieser Kredite für ein weiteres Jahr regelt.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung des neuen Abkommens wird ein Bericht des Stillhalteausschusses der ausländischen Gläubiger der Öffentlichkeit übergeben. In diesem Gutachten, das in seiner Bedeutung dem der von den Regierungen ernannten Baleser Sachverständigen nicht nachsteht, stimmt der Ausschuß den Ergebnissen der Baleser Sachverständigen nachdrücklich zu. Es heißt dann weiter:

„Der Liquidationsprozeß ist in Deutschland weiter fortgeschritten als in irgendeinem anderen großen Lande, da Deutschland nicht nur den Folgen der Weltdepression, sondern auch einem fortwährenden und außerordentlichen Druck von außen ausgesetzt war. Deutschland hat den Verlust eines großen Teiles seines Betriebskapitals, der durch den Krieg, die schweren Nachkriegszahlungen an fremde Staaten und die „Inflation“ entstanden ist, durch lang- und kurzfristige Kredite vom Ausland in großem Umfang ausgeglichen.“

In den letzten 16 Monaten hat es jedoch der Außenwelt sehr bedeutende Summen zurückgezahlt — ein Prozeß, der von seiner Kraft her abwärts abzieht, aber zugleich auch sein ganzes Kreditwesen und seine auswertigen Kreditverpflichtungen auf eine außerordentlich schwere Probe stellte.“

Unter „Allgemeine Gesichtspunkte“ wird gesagt, daß der Ausschuß angesichts dieser Tatsachen als

das wichtigste Interesse der Gläubiger

anfang, das Kreditwesen in Deutschland im allgemeinen und die Reichsbank im besonderen zu stärken. Seine Einstellung geht dahin, die Weisheit und die Stabilität der Währung zu schützen und das Vertrauen wiederherzustellen. Weiter erklärt der Ausschuß u. a.:

Die deutsche Besetzung hat nunmehr eine Höhe erreicht, die wie in dem Baleser Bericht festgestellt wurde, nicht mehr überschritten werden kann. Wir sind der gleichen Meinung. Die Regierung hat außerdem die Ausgaben in drastischer Weise vermindert. Ein Haushaltsdefizit ist trotzdem weiter vorhanden.

Der Ausschuß stellt fernerhin ausdrücklich fest, daß die kurzfristigen Beträge in ihrer Gesamtheit zurechnungsfähig wären. Wichtig ist folgende Auslassung: Das Entgegenkommen seitens der Stillhaltegläubiger macht es erforderlich, daß die deutschen Mittel nicht zerstückelt werden zur Befriedigung von Ansprüchen außerhalb des Stillhalteabkommens. Die Reichsbank hat den Ausschuß brieflich von der Ansicht der deutschen Regierung unterrichtet, unter Mitwirkung der Reichsbank einen „Ausschuß für Auslandsschulden“ zu schaffen, der — ermächtigt von Regierung und Reichsbank, eine allgemeine Kontrolle über alle Zahlungen ausüben soll, die sich aus der gesamten deutschen Auslandsverschuldung, sowohl innerhalb wie außerhalb des Stillhalteabkommens, ergeben. Der Ausschuß ist überzeugt, daß dies die Interessen der Stillhalte-Gläubiger wahren wird, und vertritt, daß, solange diese Gläubiger keine weiteren Kapitalrückzahlungen erhalten, auch keinerlei Zahlungen an Gläubiger außerhalb der Stillhaltung geleistet werden es sei denn, daß dies für die Aufrechterhaltung des deutschen Kreditwesens als notwendig erachtet werde.

Kapitel: „Wiederherstellung der Kreditfundamente“ enthält die bemerkenswerten Sätze:

Das Problem des Kredits ist gelöst, wenn die Gläubiger Kredite, die sie nach eigenem Gutdünken hätten zurückgeben können, bereitwillig und vertrauensvoll weiter gewähren. Es leuchtet ein, daß eine Regelung der deutschen Auslandsverschuldungen, die den Gläubigern von Verhandlungen

der Regierungen bildet, ein entscheidendes Element in diesem Problem bedeutet. Der Ausschuß kann nur wiederholen, daß er all das sich zu eigen macht, was bezüglich dieser Probleme von den beiden Baleser Ausschüssen gesagt worden ist. Deutschland kann an die Außenwelt nur Zahlungen leisten, wenn es in der Lage ist, einen Auszubehälter von Gläubigern hinauszuweisen.

An den Schlussfolgerungen heißt es: Die Gläubiger haben alles aufgebietet, um dafür zu sorgen, daß die nächsten 12 Monate für Deutschland eine Periode der Erholung gewährleistet. Der Ausschuß hat einen tiefen Eindruck gewonnen von den überaus großen Anstrengungen und Opfern, die die deutsche Regierung und das deutsche Volk auf sich nahmen, um ihre Stellung inmitten der baumwollener Schwerezeiten zu behaupten.

Der deutsche Wirtschaftsförderung trägt gewaltige Wiederaufbauaufträge in sich, die zum Vordringen kommen werden, sobald günstige Weltverhältnisse eintreten, und es ist unerlässlich, daß die hemmende einer solchen Entwicklung beseitigt werden. Das wird nicht eintreten ohne positives Handeln der Regierungen und Völker auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit, und, wie die beiden Baleser Ausschüsse dringend gefordert haben, ist keine Zeit zu verlieren.

Die gegenwärtige überleitete Krise muß dahin führen, daß die Völker der Erde miteinander verarmen. Das Gegenteil muß erreicht werden.

Abchluss des Stillhalteabkommens.

Die erzielte Verständigung.

Berlin, 23. Januar.

In unterrichteten Kreisen erwartet man, daß das Stillhalteabkommen nach heute unterzeichnet und alsbald veröffentlicht wird. Ueber den Inhalt des Abkommens liegen noch keinerlei authentische Mitteilungen vor, doch verläutet immerhin einiges über die Einzelheiten:

Hiernach dürfte das Abkommen grundsätzlich auf ein Jahr abgeschlossen sein, doch sind die Gläubiger berechtigt, es vorzeitig zur Auflösung zu bringen, wenn durch eine Verschärfung der deutschen Lage die Wirksamkeit ernstlich gefährdet wird.

Dasselbe gilt bei Erklärung eines Moratoriums oder bei Nichtverlängerung des Revisionskredits der Reichsbank. Die Barvorrisse an die Banken sollen halbjährlich mit 25 Prozent zurückgefordert werden können, die Barvorrisse an die industriellen Schuldner halbjährlich mit 15 Prozent und nach zwei Jahren erst in höheren Raten.

Die zurückgeforderten Mittel sollen wieder in Deutschland angelegt werden, und zwar unter Innehaltung einer fünfjährigen Sperrfrist. Zur Stärkung der Reichsbank sollen fernerhin die Stillhaltebeiträge der Banken ausbezahlt werden.

Laval gegen Endlösung.

„Bei den kommenden Verhandlungen kann nur die Rede von einem Moratorium sein.“

Paris, 23. Januar.

Die französische Regierung hat sich

gegen die Forderung eines

„Moratoriums“ ausgesprochen.

Die französische Regierung hat sich

gegen die Forderung eines

„Moratoriums“ ausgesprochen.

Die französische Regierung hat sich

gegen die Forderung eines

„Moratoriums“ ausgesprochen.

Die französische Regierung hat sich

gegen die Forderung eines

„Moratoriums“ ausgesprochen.

Die französische Regierung hat sich

gegen die Forderung eines

„Moratoriums“ ausgesprochen.

Die französische Regierung hat sich

gegen die Forderung eines

„Moratoriums“ ausgesprochen.

Die französische Regierung hat sich

gegen die Forderung eines

„Moratoriums“ ausgesprochen.

Die französische Regierung hat sich

gegen die Forderung eines

„Moratoriums“ ausgesprochen.

Die französische Regierung hat sich

gegen die Forderung eines

„Moratoriums“ ausgesprochen.

Die französische Regierung hat sich

gegen die Forderung eines

„Moratoriums“ ausgesprochen.

Die französische Regierung hat sich

gegen die Forderung eines

„Moratoriums“ ausgesprochen.

Die französische Regierung hat sich

gegen die Forderung eines

„Moratoriums“ ausgesprochen.

Die französische Regierung hat sich

gegen die Forderung eines

„Moratoriums“ ausgesprochen.

Die französische Regierung hat sich

gegen die Forderung eines

formeller Herabsetzung der Reparationen zustimmen, wenn sie nicht durch eine gleichzeitige Herabsetzung unserer Schulden gegenüber Amerika ausgeglichen werden. Das werden außerdem stets die Zahlung des ungezügelt Zelles der Reparationen verlangen.

Dies sind die neuen Opfer, die wir nach allen anderen bereit sind zu machen. Bei den kommenden Verhandlungen kann nur die Rede von einem Moratorium sein. Deutschland darf nicht seinen eigenen Willen diffundieren.

Unter dem Beifall der Regierungsparteien beendet Laval dann den reparationspolitischen Teil seiner Rede mit der Erklärung: „Die deutschen Methoden“ hätten auf Frankreich keinen Einfluß, im Gegenteil, sie hätten das Gefühl der Würde und der nationalen Sicherheit. Die Moral dürfte nicht aus den gegenseitigen Beziehungen ausgeschaltet werden.

Der zweite Teil der Rede des Ministerpräsidenten galt der Abbrüßungsfrage. Ihr wesentlichster Teil lautet:

„In der Abbrüßungsfrage bleibt Frankreich bei seiner bisherigen Haltung, die sich auf den Völkerverbund stützt. Frankreich nimmt keine Improvisierungen an. Wenn alle Verträge beendet werden, so ist eine Herabsetzung der Reparationen möglich. Frankreich wird nicht nur das Recht seiner eigenen Abbrüßung (?) nach Genf bringen, sondern positive Vorschläge machen, die vor allem in der Vermittlung des Schiedsgerichtspalates bestehen.“

Als Laval darauf hinwies, daß Frankreich keinen besseren Vertreter als Lardieu nach Genf entsenden könne, erwiderte er: „Die Völker sind nicht nur die Völkerverbund, sondern auch die Völkerverbund.“

51 Stimmen Mehrheit für Laval.

Paris, 23. Januar.

Nach Anchluss der außerparlamentarischen Ausschüsse nahm die französische Kammer mit 512 gegen 261 Stimmen folgenden Antrag an: „Die Kammer bleibt der internationalen Zusammenarbeit und der Organisation des Friedens treu, deren Grundlage die Achtung vor den Verträgen ist. Sie stimmt der Regierungserklärung zu, drückt der Regierung das Vertrauen aus und geht ohne Zusatzantrag zur Tagesordnung über.“

Laval fährt doch nach London

Paris, 23. Januar.

Wie hier verlautet, wird der französische Ministerpräsident Laval demnächst, zurückkommend auf die frühere Einladung MacDonalds, nach London fahren. Nach dem „Journale“ soll die Reise bereits in acht Tagen stattfinden.

Der Eindruck der Laval-Rede.

Berlin, 23. Januar.

Die neue Rede des französischen Ministerpräsidenten wird in Berliner politischen Kreisen als ein Beweis dafür angesehen, daß Frankreich daran interessiert ist, die Gegenliebe möglichst herauszutreiben. Daß diese Rede die weiteren internationalen Verhandlungen erleichtern muß, versteht sich von selbst. Die französische Regierung hat einen formalen Rückzug auf den Youngplan angetreten und sich zu einer energiegelassenen Auffassung bekannt, die ihr jedes Recht nimmt, sich auf den Baleser Bericht, der die weltweite Bedeutung des deutschen Problems heraushebt, zu berufen. Ein Moratorium aber, wie es Laval anbietet, würde die Krise nicht brechen, sondern sie nur verschleiern. Die Laval dazu von Seiten brechen kann, wo er auf der Zahlung der ungezügelt Zitate beharrt, ist unerfindlich.

Tribute statt Reparationen?

Das Ergebnis der französischen Kammerdebatte.

Paris, 24. Januar.

Mit einer Mehrheit von etwa 60 Stimmen hat die französische Kammer dem neuen Kabinett Laval ihr Vertrauen bekundet. Der Ministerpräsident hat in der Ansprache mit einer zweiten Rede eingegriffen, die nichts anderes war als eine Befestigung, teilweise eine Verklärung der Gesichtspunkte, auf denen er seine programmatischen Erklärungen aufgebaut hatte. Für die Öffentlichkeit und insbesondere für Deutschland ist diese zweite Rede Lavals deshalb ohne besonderen Reiz, es sei denn, man sehe einzelne Punkte in scharf zugespitzten Zeilen in der Einzelheit miteinander und mit den tatsächlichen Methoden der französischen Politik.

Uns interessiert dabei besonders das, was Laval über die Zukunftsmöglichkeiten des gewaltigen und gutausgerüsteten deutschen Wirtschaftssystems gesagt hat.

Die Tatsache, daß dieser Organismus besteht, und die Hoffnung, daß er einmal wieder erfolgreich wirken werde, dient dem französischen Ministerpräsidenten als Ausgangspunkt für die Verteidigung der französischen Ansprüche auf deutsche Leistungen, über deren Ausmaß er keine weiteren Angaben für notwendig hält. Man ist hier an einem der Punkte angelangt, wo die französische Nachkriegspolitik ihre entscheidende Wendung vollzieht, wo sie aber auch zugleich den Boden der Rechtsgrundlage, den ihr die Verträge bieten mochten, unter den Füßen verliert.

